



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 25. Juli 1884.

Nr. 343.

## Die Cholera.

Im Laufe des gestrigen Tages starben laut amtlicher Meldung an der Cholera in Marseille 8, in Toulon 17 Personen. Bei der Sterblichkeits-Statistik kann man übrigens die Beobachtung machen, daß die Zahl der Todesfälle von sieben zu sieben Tagen answächst und fällt.

Ein Pariser Korrespondent des „B. L.“ berichtet unterm 23. d.:

„Aus Arles, wo bekanntlich die Cholera ziemlich heftig aufgetreten, lauten die Nachrichten betrübend. Ganze Straßen sind verlassen. Während des Tages kommen wohl einzelne Individuen in die Stadt zurück, des Nachts bleiben in derselben aber von einer Bevölkerung von 25,000 Menschen höchstens 5000. Es scheint, daß ein großer Theil der Gemeindevorstände auf und davon ist. Der Gemeinderath war nicht einmal beschlußfähig, um gegen diese Deserteure ein Tadelvotum auszusprechen. Wenn nicht bald Abhilfe eintritt, wird die Bevorrathung der Stadt schwierig, da die Bäder ihre Läden geschlossen haben und man sich in der Bevölkerung schon untereinander Brod aussieht. Die Sanitätsmaßregeln, welche getroffen, sind geradezu lächerlich. Aus Mangel an Arbeitern bleiben die Leichen über 24 Stunden liegen, ohne beerdigt zu werden. Der Auswurf der Choleraerkrankten wird gar nicht bei Seite geschafft. Die meisten Geschäfte und Hotels sind geschlossen. Der Schwere ist unbeschreiblich. Die Auswanderung wendet sich hauptsächlich nach Tarascon und Beaucaire. Auch in Toulon scheint die Bevorrathung schon auf Schwierigkeiten zu stoßen, da fast sämtliche Läden geschlossen sind. Eine bedeutende Erhöhung der Lebensmittelpreise macht sich gerade jetzt drückend fühlbar. Professor Marcovitch von der Universität Belgrad ist zum Studium der Krankheit in Toulon eingetroffen. Die Auswanderung dauert fort. Drei Cholerafälle werden in Lyon beobachtet. Sie verlaufen sehr günstig. Die Ärzte behaupten, es handle sich um Cholerae. In Paris ist es ganz still geworden. Man hört selbst nicht mehr von Cholera nostras und Cholerae sprechen. Hoffentlich plagt nicht die Bombe mit einem Male!

## Deutschland.

Berlin, 24. Juli. Als Termin für die Reichstagswahlen soll der 1. Br. 84. zufolge die zweite Hälfte des Monats Oktober in Aussicht genommen sein; auch heißt es, daß der Reichstag bald nach den Neuwahlen einberufen werden soll.

Der „Post. Ztg.“ wird geschrieben: Die Anfänge des Konflikts Stosch-Bismarck fallen, wie ältere Parlamentarier sich erinnern, in eine ziemlich weit hinter uns liegende Zeit. Hervorgerufen wurde das Mißtrauen des Reichstages gegen den Chef der Admiralität durch die Wahrnehmung, daß Herr v. Stosch bei Hofe nicht ohne Einfluß war, und traten für den Kanzler „Fiktionen“ auf, so führte er sie, ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt, in nicht seltenen Fällen auf den Chef der Marine-Verwaltung zurück. Mit Abgeordneten hatte der Letzte immer nur insoweit Beziehungen unterhalten, als es sich darum handelte, dem Marine Etat im Reichstage eine Majorität zu sichern. Herr v. Stosch ist bei lebenswichtigen Umgestaltungen als eine knorrige Natur hervorgetreten, die sich ihr Recht namentlich in dienstlichen Angelegenheiten nicht nehmen ließ. Er dachte sich den Kanzler nicht als Vize-Kaiser, sondern als primus inter pares im preussischen Ministerrath wie im deutschen Bundesrath, und um nicht in Abhängigkeit von ihm zu gerathen, war es Herrn von Stosch als wichtig erschienen, in seiner Eigenschaft als Chef der Admiralität zugleich preussischer Staatsminister zu sein. Sein Amtsnachfolger hat sich dieser Auszeichnung nicht zu erfreuen. Es haben, wenn man will, zwischen Herrn v. Stosch und dem Fürsten Bismarck unaufheblich größere und kleinere Zerwürfisse stattgefunden; der letzte Konflikt war unseres Wissens dadurch hervorgerufen worden, daß der Chef der Admiralität durch das „Marine-Verordnungsblatt“ bekannt machen ließ, das ihm unterstellte Ressort solle die Buttkamerische Dreibeuge zur Anwendung bringen, was sich hinterher der Kanzler sehr nachdrücklich verbat. Es war konsequent dem Kriegsminister von Ramele vorbehalten geblieben, derlei dienstliche Differenzen auszugleichen und zu regeln, und als der sehr liebenswürdige Chef der Militärverwaltung, der viele Jahre hindurch mit dem Reichstage vorzüglich ausgekommen war, in das Privatleben sich zurückgezogen

hatte, war es für Herrn v. Stosch, obwohl ihn das Wohlwollen des Kaisers mit Auszeichnungen überschüttet hatte, eine zwingende Nothwendigkeit, von der Verwaltung der Marine zurückzutreten, denn bei der absoluten persönlichen Entfernung, in welcher Fürst Bismarck ihm gegenüber verharrte, fehlte ihm für sein Ressort die mächtige Fürsprache des Kanzlers; es würde also unter der persönlichen Abneigung, die zwischen den beiden Staatsmännern bestand, die deutsche Marine zu leiden gehabt haben. Bei parlamentarischen Dinners, die Herr v. Stosch regelmäßig gab, waren namentlich diejenigen Abgeordneten seine Gäste, die sich speziell für Marine-Angelegenheiten interessirten, z. B. Richter, Schmidt-Stettin, H. H. Meier, Wehrenpennig, Rapp u. A. Daß diese Herren jemals ein Verschönerungs-Komplot gebildet hätten, ist wenigstens in Abgeordnetkreisen, niemals bekannt geworden.

Wie verschiedene auswärtigen Blättern gemeldet wird, will die Regierung versuchen, auf dem Verwaltungsweg der Trunksucht entgegenzutreten. Daraus seien die Weisungen einzelner Landräthe zurückzuführen, welche die Wirthe bei der Verabreichung von Brannwein auf Kredit mit Konfessionsentziehung bedrohen.

Der panslawistische „Swit“ stellt in einer seiner letzten Nummern die Behauptung auf, die deutsche Politik versuche es, Rußland in Asien Schwierigkeiten zu bereiten. Demu wird in einem offiziösen Artikel der „N. A. Z.“ bemerkt:

Diese Anschuldigung glaubt der „Swit“ damit begründen zu können, daß er auf die „Germania“ als auf ein deutsches Blatt hinweist, welches England wiederholtlich vor Angriffen der Franzosen und Russen auf Indien gewarnt habe. Es ist kaum anzunehmen, daß der Redakteur des „Swit“, der sich heute Komarow nennt und früher einmal Diktator gewesen sein soll, ethischen Glaubens der Ansicht wäre, die Anschuldigungen der „Germania“ könnten für den Ausdruck der öffentlichen Meinung Deutschlands gelten. — Andererseits dürfte es dem genannten Herrn aber schwer fallen, eine deutsche Zeitung anzuführen — die „Germania“ kann nicht für eine solche gelten — welche zu erkennen gegeben hätte, daß sie die Kulturfrage Rußlands in Asien unterschätzt oder einen Konflikt zwischen England und Rußland herbeizuführen wünscht. — Wenn wir nicht irren, so ist die russische Endung des Nomens Komarow eine Neuerung und der Träger desselben polnischer Abkunft. In diesem Falle würde es sich erklären, daß er in den Chorus eintritt, in welchem die polnisch-jesuitische Abneigung gegen die jetzigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ihren Ausdruck findet. — Die polnische Umsturzpartei, von dem ärmsten Schlächtig bis zu dem jesuitischen Kardinal, bedarf für ihre Zwecke gespannter und bedrohlicher, den baldigen Bruch verheißender Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. — Dies ist bekannt. Zur Orientirung glauben wir aber noch hinzufügen zu müssen, daß es jener Partei schwer fallen wird, die deutsche Blätter zu finden, die ihr dabei in die Hand arbeiten. Sie wird sich mit der Unterstützung begnügen müssen, die ihr seitens polnisch-jesuitischer Organe zu Theil wird, und es wird ihr nicht gestattet werden, die öffentliche Meinung Deutschlands für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Der „Nat.-Ztg.“ wird über den neugebildeten Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe von einer mit der Begründung und vorläufigen Leitung des Vereins betrauten Persönlichkeit geschrieben:

„Die Organisation des Vereins befindet sich noch dergestalt in den Anfängen, daß sich über die Art und Weise, wie er wirken wird, etwas Näheres und Bestimmtes kaum sagen läßt; darüber hat man sich in dem Verein selbst erst noch zu verständigen. Das allgemeine Ziel desselben ist in der veröffentlichten Erklärung bezeichnet: die Interessen von Handel und Gewerbe sollen durch Ausklärung der öffentlichen Meinung und der Faktoren der Gesetzgebung über die Bedürfnisse der ersten geordnet werden. Den ersten Anlaß zur Bildung des Vereins hat der Entwurf der Geschäftssteuer gegeben; und wenn die Interessen von Handel und Gewerbe nach jeder Richtung, also auch beispielsweise betreffs der Ausdehnung des überseeischen deutschen Handels, gewahrt werden sollen, so ist der Verein doch hauptsächlich durch die Erkenntnis ins Leben gerufen worden, daß von den verschiedensten Seiten her jetzt bei uns die Kapitalbildung und damit die Grundlage jedes wirtschaftlichen Fortschritts

bedroht wird. Hier in erster Reihe soll die Abwehr einsehen, so wenig auch daran gedacht wird, der gerechten Besteuerung des vorhandenen Kapitals entgegenzutreten. So weit sich über die Art der projektirten Wirksamkeit des Vereins jetzt im Einzelnen überhaupt schon etwas sagen läßt, denkt man sich dieselbe folgendermaßen: Sobald eine für die Interessen von Handel und Gewerbe wichtige Frage aufsteht, soll sie auf Veranlassung des Vereins von berufenen Sachverständigen öffentlich literarisch erörtert und so zu ihrer Klarstellung nach allen Seiten hin beigetragen werden. Ebenso soll der Regierung und den Parlamenten Material zur Information vorgelegt werden. Was eine direktere Einwirkung auf die Wahlen betrifft, so denkt man sich dieselbe lediglich derart, daß die einzelnen Vereinsmitglieder in ihren resp. Wahlkreisen von ihrem Rechte als Wähler im Sinne des Vereins bei der Agitation Gebrauch machen, auf die Auffstellung und Wahl solcher Kandidaten hinzuwirken sollen, welche für die Interessen von Handel und Gewerbe einzutreten bereit sind. Niemand wird bestreiten können, daß dies ein vollkommen berechtigtes und loyales Vorhaben ist.“

Die mancherlei Unklarheiten in den Zwecken und Zielen, die sich aus dem Programm des Vereins und den dabei beteiligten Persönlichkeiten ergeben, werden auch durch diese Erklärung nicht gehoben. Man wird sein Urtheil suspendiren müssen, bis der Verein an der Arbeit ist und erkennen läßt, welche Stellung er zu den sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen der Gegenwart einnehmen wird.

Es liegt in den amtlichen Zahlenangaben über den Prozentsatz der im deutschen Here eingestellten Eljas Lotbringer, welche keine Schulbildung genossen (der sogenannten Analphabeten), ein schlagender Beweis dafür vor, welche erschreckende Resultate die Elementarschulen unter deutscher Verwaltung innerhalb dreizehn Jahren zu erzielen vermochten. Schwankte die Ziffer der Analphabeten vor dem Jahre 1870 zwischen sechs und acht Prozent sämtlicher in den drei französischen Departements angehobenen Rekruten, wobei insbesondere die Söhne der amten lotbringerischen Hochelene ein übergroßes Kontingent stellten, so betrug sie noch 1876/77 volle 4 pCt.; im Jahre 1878/79 war sie auf 3,20 pCt., 1880/81 auf 2,27 pCt. gesunken. Im Jahre 1881/82 war die Zahl der Analphabeten schon auf 1,80 pCt. gefallen, um endlich im Etatjahre 1884/85 auf 0,75 pCt. zurückzugehen. In dem rapiden Sinken dieser trassete Unbildung bezeichnenden Ziffer ist die rasche Ausbreitung tüchtiger Schulbildung in den Reichslanden so sprechend zum Ausdruck gekommen, daß jedes erläuternde Wort überflüssig ist.

König Georg von Griechenland traf mit seinen drei Söhnen und zwei Töchtern, von Wiesbaden kommend, vorgestern Abend 9 Uhr im strahligen Intogaito in Berlin ein und wurde deshalb bei seiner Ankunft auf dem anhaltischen Bahnhofe auch nur von dem gelehrigen General-Konjule empfangen und von dort nach dem Hotel du Nord geleitet, woselbst der König mit seinen Kindern sein Abschiedsquantier genommen hatte. In Begleitung des Königs befindet sich außer dem Gouverneur der Kinder nur der Flügel-Adjutant Oberst Gadjipetros. Die Königin von Griechenland hatte ihren Gemahl nicht hierher begleitet, sondern sich von Wiesbaden nach Bayreuth begeben. Gestern Vormittag nahm der König ebenso wie seine Söhne in Begleitung ihres Gouverneurs verschiedene Sehenwürdigkeiten in Augenschein. Um 1 Uhr Nachmittags verabschiedete sich König Georg mit seinen Kindern, einer Einladung der königlichen Familie zum Lunch folgend, von hier nach dem Neuen Palais bei Potsdam. So weit sich jetzt bestimmen wird, wird der König von Griechenland zwei Tage in Berlin bleiben und sich sodann nach Schweden begeben.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt folgendes Telegramm:

„Die deutsche Botschaft in Rom hat wegen Nichtzulassung des deutschen Dampfers „Diga“ in Catania Beschwerde geführt. Die Beschwerde richtet sich gegen die Präfectur in Catania, weil seitens derselben dem italienischen Konjulate in Triest, von wo der Dampfer am 16. Juli ausgelaufen war, die Befreiung zuging, der Dampfer werde in einem sizilischen Hafen nicht zurückgewiesen. Uebrigens wurde der Kapitän auf den Zivilrechtsweg verwiesen. Der Dampfer ging nach Goeta.“

Eine verhältnißmäßig kleine Gruppe der Majorität des österreichischen Abgeordnetenhauses, welche aber, Dank der eigenthümlichen Zusammenfügung der

letzteren, nicht selten den Ausschlag gegeben hat, bilden die dalmatinischen Abgeordneten. Diese bei guter Laune zu erhalten, ist daher stets für den Grafen Taaffe von Werth gewesen, um so mehr, als er manches wieder gut zu machen für angezogen hielt, was der Statthalter Freiherr von Joannovic gegen die nationalen Ansprüche der Dalmatiner durch Ansetzt nach gesündigt hatte. Hierher gehört vor Allem der bekannte Erlaß des Statthalters, der den Beamten das Erlernen der deutschen Sprache anempfahl. Man erinnert sich noch des Stimmes, den dieser wohlmeinende, anfänglich überdies unrichtig aufgefaßte Rath in Dalmatien erregte. Der dalmatinische Landtag legte in einer Reihe von Beschlüssen seine Wünsche bezüglich der Alleinherrschaft der kroatischen Sprache nieder und die Regierung ist jetzt mit Eifer bemüht, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Wie die „Narodni Listy“ melden, hätte Graf Taaffe bereits Vorkehrungen getroffen, um die anfänglich der Debatte über den Antrag Paulinovic gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Sowohl dem Statthalter als auch den einzelnen Aemtern im Lande soll demnächst eine Weisung zukommen, keinen Beamten mehr anzustellen, der nicht der kroatischen Sprache mächtig ist. Gleichzeitig wird jenen Beamten im Lande, die heute dieser Sprache noch nicht mächtig sind, ein Termin von drei Jahren gestellt werden, innerhalb dessen sie sich die kroatische Sprache aneignen müssen. Nach dieser Frist würde dann die kroatische Sprache in Dalmatien als alleinige Amtssprache zu gelten haben.

Aus Karlsruhe, 21. Juli, wird der „Straßb. Post“ geschrieben:

Zum ersten Male wird, wenn wir nicht irren, in diesem Sommer das Inselstloß Mainau die deutsche Kaiserin beherbergen, welche auf den Rath der Aerzte dort Erholung und Kräftigung sucht. Das nicht sehr große Stloß ist in Abwesenheit unserer großherzoglichen Familie der Kaiserin vollständig zur Verfügung gestellt. In Deutschland würde sich für die hohe Frau für de Sommerzeit kaum ein schönerer und wohlthuerender Aufenthalt finden lassen. Entscheidend für die Wahl von Stloß Mainau dürfte, abgesehen von der frischeren Temperatur, die Möglichkeit der Benutzung des weiten Bodensers zu kräftigenden, von jeder Anstrengung freien Fahrten gewesen sein.

In der Londoner Presse nimmt das Nonfren-Meeting vom vergangenen Montag selbstverständlich den ersten Platz in Anspruch. Ebenso selbstverständlich ist, daß die konservative Presse ihm jede Bedeutung abspricht, während die liberalen Blätter in der Demonstration einen mächtigen Ausdruck des Volkswillens erblicken, wobei sie übrigens, je nach ihrer Schattirung, sich moßvoller Ausdrücke bedienen oder zu den superlativischen Vergleichen greifen. Die „Ball Mall Gazette“ z. B. vergleicht die Prozession mit der Sintfluth, in welcher der Londoner Konservatismus vollständig verschwunden sei; nur der konservative Carlton-Klub habe noch wie der Gipfel des Ararat aus den Wogen hervorgeragt. Ueber die Zahl der Theilnehmer schwanken die Angaben von 30,000 bis 100,000. Scherzt man auf der einen Seite alle Ueberschwänglichkeiten, auf der anderen alle gesitteten Berleinerungen aus, so ergibt sich als Resultat eine selbst für London sehr beachtenswerthe Demonstration, welche wohl vorbereitet war und auffallend ruhig verlief, worin die Konservativen Mangel an wirklichem Enthusiasmus erblicken, während die liberalen Blätter die aus dem Gefühl der Stärke resultirende würdige Haltung der Menge nicht genug hervorheben können. Der Löwenanteil der Ovationen, mit denen auch der Prinz von Wales bedacht wurde, fiel auf dem Marsche und auf dem Meetingplatze im Hydepark unbestreitbar Mr. John Bright zu. Die „Times“ äußert in ihrer Dienstagsnummer:

„Gestern war London Zeuge eines großartigen und imposanten Schaupiels. Es hat großartigere und glänzendere Aufzüge gegeben, allein das gestrige Schauspiel war einzig in seiner Art. Es war eine von dem Volke und für das Volk gemachte Demonstration, und sie trug jedes Zeichen der Freiwilligkeit und des Enthusiasmus zur Schau. Wir können uns leicht denken, daß viele ungünstige Urtheile über die gestrige Demonstration gefällt werden dürften. Die Anhänger Lord Salisbury's werden dieselbe ohne Zweifel als werthlos behandeln, obwohl ihre Ueberzeugung von deren Undeutsamkeit sie wahrscheinlich nicht davon abhalten wird, einen Gegenstand zu verfolgen. Viele werden behaupten, daß 30,000 durch die Stra-

